

# Den «Euro-Turbos» geht die Puste aus



Passt der Schweizer zur EU? Die Neue Europäische Bewegung Schweiz will Herr und Frau Schweizer zumindest davon überzeugen. Doch die Bewegung hadert bereits damit, einen neuen Präsidenten zu stellen.

Keystone/Martin Ruetschi

**SCHWEIZ-EU** Die Europa-Bewegung steht vor einer ungewissen Zukunft. Es fehlen prominente bürgerliche Köpfe.

SERMİN FAKI  
sermin.faki@zentralschweizsamsonntag.ch

Der Rücktritt von Christa Markwalder bringt die Neue Europäische Bewegung Schweiz (Nebs) in eine missliche Lage. Acht Jahre lang präsidierte die Berner FDP-Nationalrätin die Organisation, die sich für einen EU-Beitritt der Schweiz einsetzt. Vor Markwalder bekleideten ebenfalls Freisinnige diesen Posten. Doch nun lässt sich kein bürgerlicher Parlamentarier mehr finden, der seinen Kopf für die Integration in die EU hinhalten möchte. Damit droht die Nebs, die in den letzten Jahren ohnehin kaum mehr präsent war, vollends in der Versenkung zu verschwinden.

## Nur linksgrüne Namen

Am 10. Mai wird die Nebs-Generalsversammlung ihren neuen Präsidenten wählen – und es spricht einiges dafür, dass dieser Martin Naef heissen wird.

Der Zürcher Nationalrat sitzt bereits im Vorstand der Organisation. Auch über Alec von Graffenried und Eric Nussbaumer wird spekuliert – doch beide sind nicht im Vorstand. Wenn Naef wolle, bekomme er das Präsidium, sagen Insider. Naef selbst gibt sich bedeckt. «Europa muss wieder ein Thema werden», ist alles, was er preisgibt.

Das Problem: Naef ist Sozialdemokrat. Mit ihm als Präsidenten würde die Nebs in der Öffentlichkeit zum linksgrünen Euro-Turbo par excellence und eine perfekte Zielscheibe für die Bürgerlichen. Beim Grünen von Graffenried wäre es nicht besser, und auch Nussbaumer sitzt für die SP im Nationalrat.

Die Nebs weiss das: «Wir sind eine überparteiliche Organisation. Aber ich gebe zu, dass mehr Parlamentarier aus dem linksgrünen Spektrum Nebs-Mitglieder sind», sagt Generalsekretär Lukas Schürch. Namen von bürgerlichen Mitgliedern will er nicht nennen – das Outing überlässt man den Parlamentariern selbst. Gemunkelt wird, dass der Neuenburger FDP-Ständerat

Raphael Comte zu den heimlichen Mitgliedern gehört. Er war für eine Stellungnahme nicht erreichbar.

## General ohne Truppen

«Durch das EU-Bashing und die seit Jahren wiederholte Formel, wonach der Bilateralismus der «Königsweg» sei, ist es für Bürgerliche nicht einfacher geworden, sich aktiv für eine EU-Mitgliedschaft auszusprechen», sagt Schürch. Doch was ist ein Verein wert, zu dem die Mitglieder nicht stehen?



«Europa muss wieder ein Thema werden.»

MARTIN NAEF,  
SP-NATIONALRAT ZÜRICH

Die Genfer Freisinnige Martine Bruntschwig Graf, Ex-Nationalrätin und Nebs-Mitglied der ersten Stunde, sieht in der bürgerlichen Zurückhaltung noch einen anderen Grund: «Wie soll sich jemand für einen Generalsposten bewerben, der die nötigen Truppen nicht bringen kann?» Tatsächlich waren es immer nur vereinzelte Bürgerliche, die mit dem EU-Beitritt geliebäugelt haben. Darunter allerdings bedeutende: Alt Bundesrat Rudolf Friedrich war der Nebs sehr zugetan –

und war ein wichtiger Geldgeber. Dieses Netz ist weggebrochen. Auch die Wirtschaft engagiert sich kaum mehr für einen EU-Beitritt. Doch Generalsekretär Schürch wittert Morgenluft: Seit der Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative habe die Nebs 200 neue Mitglieder gewonnen. «Wir sagen schon lange, dass der bilaterale Weg nur eine vorübergehende Lösung ist», sagt er. «Nach dem 9. Februar ist das offensichtlich geworden.»

## Idee: Co-Präsidium

Weiter ist Schürch überzeugt: «Wir werden in den kommenden Jahren eine intensive öffentliche Diskussion über unseren Platz in Europa führen müssen, und die Nebs wird Überzeugungsarbeit leisten.» Doch damit sie das kann, wird sie starke Persönlichkeiten brauchen. Daher spielt die eingesetzte Findungskommission mit dem Gedanken an ein Co-Präsidium: ein linker Parlamentarier und eine bürgerliche Persönlichkeit. Dem Vernehmen nach hofft man auf einen prominenten Ex-Parlamentarier oder einen Unternehmer. Professoren und Altdiplomaten haben nicht so gute Karten – man will keine intellektuelle, sondern eine laute Stimme. Ob sich die finden lässt, darf bezweifelt werden: Bislang sind nur Namen zu erfahren, die man bereits verworfen hat.

## Die freisinnigen EU-Volten

**NEBS** Seit ihrer Gründung vor 16 Jahren wird die Neue Europäische Bewegung Schweiz (Nebs) von freisinnigen Nationalräten präsidiert. Zuerst stand der Bieler Rechtsanwalt **Marc Suter** an der Spitze, dann folgten der Waadtländer **Yves Christen** und die Bernerin **Christa Markwalder**. Es wäre indes ein Trugschluss zu glauben, die FDP sei eine Partei von Euro-Turbos – oder früher eine solche gewesen.

Zwar legten die Delegierten am Parteitag 1995 in Interlaken zur allgemeinen Überraschung den EU-Beitritt der Schweiz als «langfristiges, strategisches Ziel» fest. Dieser Entscheid sei aber das Ergebnis «eines Putschs» der Genfer Sektion gewesen und habe nie der Mehrheitsmeinung der FDP entsprochen, betont der damalige Parteipräsident **Franz Steinegger**: «Wenn das vorbereitet gewesen wäre, hätte es in der Partei nie eine Chance gehabt.»

## Interne Grabenkämpfe

Nach aussen propagierte die FDP in den folgenden Jahren die Parole «Ab in die EU», nach innen trug sie Grabenkämpfe aus. Dafür zahlte sie gemäss Steinegger einen ziemlich hohen Preis. Der ehemalige Urner Nationalrat und langjährige FDP-Präsident führt einen Wählerverlust von zwei bis drei Prozent in den Jahren 1995 und 1999 auf den Positionsbezug von Interlaken zurück. «Der Europagraben verläuft bei uns zwischen Jung und Alt, zwischen Welsch- und Deutschschweiz, zwischen regierungsunterstützenden Teilen und rechtspopulistischen Oppositionselementen», umriss der Baselbieter FDP-Ständerat **René Rhinow** nach den Wahlen 1995 die Situation. In den folgenden Jahren jedoch ging die Zahl der europhilen Freisinnigen auch in der Westschweiz, in den Städten und unter den Jungen zurück. Bis es 2010 auch offiziell zur Wende kam und die FDP-Delegierten in Herisau dem Beitrittsziel mit deutlicher Mehrheit eine Absage erteilten.

## Der SP stehen noch harte Monate bevor

**EU-BEITRITT** Die Europadebatte der Sozialdemokraten war mit Spannung erwartet worden, aber die Linken enttäuschten: An der gestrigen Delegiertenversammlung im bernjurassischen Malleray-Bévilard gab es keinen Schlagabtausch darüber, wie schnell die SP nach dem 9. Februar nun den EU-Beitritt fordern soll. Letztlich konnte Parteipräsident Christian Levrat seine Genossinnen und Genossen einmal mehr auf seinen Kurs einschwören – auch wenn er diesmal mehr Konzessionen machen musste als gewohnt. Einstimmig bei zwei Enthaltungen verabschiedeten die Delegierten eine Resolution, die die Partei verpflichtet, das weite Feld der Europapolitik wieder verstärkt zu beackern.

## Resolution als Zwitterwesen

Nur wie das geschehen soll, davon gibt es noch immer unterschiedliche Vorstellungen. Levrat sieht die Resolution als Bestätigung für den bisherigen

Kurs der SP, andere wie Juso-Präsident Fabian Molina sehen darin einen klaren Auftrag an die Parteileitung, offensiver zu agieren: «Es ist an der SP, die Europadebatte zu lancieren, denn die Schweiz muss diese Debatte führen – erst recht nach dem 9. Februar», sagt er. Und er fordert: «Die SP muss mit den europäischen Partnern vorsondieren, wie Beitrittsverhandlungen möglich sind.»

Auch wenn Molina rote Linien vorwegnimmt – ohne den Schutz der direkten Demokratie und weitere flankierende Massnahmen komme ein Beitritt nicht in Frage –, für Levrat geht das zu schnell. Er denkt taktisch, will Mehrheiten finden, sieht auch die Wahlen im nächsten Jahr. Man müsse die Bevölkerung auf dem Weg nach Europa mitnehmen, mahnt er: Erst wenn umfassende flankierende Massnahmen eingeführt sind, wenn die Schweizerinnen und Schweizer bereit für diese Diskussion sind, könne ein Beitritt

anvisiert werden. Und so steht neben dem langfristigen Ziel eines EU-Beitritts auch die Rettung der bilateralen Verträge in der Resolution, was andere Teile der Partei nach Annahme der Masseneinwanderungsinitiative als überholt ansehen.

Ein Text als Zwitterwesen, in dem sich aber alle Genossen wiederfinden können. Freilich erst, nachdem die Bundeshausfraktion den von der Parteispitze vorgeschlagenen defensiveren Text ordentlich überarbeitet hat.

## SP muss Farbe bekennen

Die harten Monate stehen der SP noch bevor. Im Laufe dieses Jahres wird sich die Partei zu einer eindeutigen Position in der Europapolitik durchringen müssen. Spätestens wenn der Bundesrat im Sommer erklärt, wie er die Masseneinwanderungsinitiative umsetzen will und welche Auswirkungen das auf die Beziehungen zur EU haben wird, muss die Partei Farbe

bekennen und aus den Optionen jene auswählen, welche sie für den besten Weg hält.

Levrat dürfte für den langsamen Gang plädieren: dass der Bundesrat versuchen soll, den bilateralen Weg zu retten. Damit würde man Zeit gewinnen. Doch die Stimmen, die eine höhere Taktzahl anstreben, werden lauter. Sogar die pragmatische Zürcher Nationalrätin Jacqueline Fehr, die bisher nicht als Euro-Turbo aufgefallen ist, sagte gestern, sie wolle lieber früher als später in die EU.

Die Chancen stehen gut, dass der offensive Flügel der SP die EU als eines der wichtigen Wahlkampfthemen im kommenden Jahr durchboxen wird. Das könne auch eine Chance sein, meint Juso-Chef Fabian Molina: «Wir sollten eigenständig eine mutige Position entwickeln und die Europafrage so thematisch besetzen.»

SERMİN FAKI  
sermin.faki@zentralschweizsamsonntag.ch

EVA NOVAK  
eva.novak@luzernerzeitung.ch